

Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. - Der Abonnementspreis beträgt 1,50 Mark für das Vierteljahr ohne Frangierlohn.

Inserate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 35 Pf. für die 6 spaltene Zeile. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr. 10

Sonntag, den 9. März

1919

Jetzt erst recht Gewerkschaften.

Unser österreichisches Bruderorgan schreibt in einem Aufsatz „Demokratie in den Staatsbetrieben“, der die Stellung der dortigen Tabakarbeiter zu ihrem Staatsbetrieb behandelt, folgendes:

„Es gibt auch Stimmen, welche die Meinung vertreten, daß sich die Gegenwart nicht zur Gesetzgebung eignet; diese haben recht und dabei doch unrecht. Solange der unbeschränkte Obrigkeitstaat bestand und das Volk, besonders die Arbeiterschaft, gänzlich entrechtet war, war die Gesetzgebung leicht: es wurden nur die Interessen der Besitzenden gewahrt, und die Arbeiterschaft bestand aus rechtlosen Sklaven. Als sich die Arbeiterschaft politische Rechte erkämpft hatte und die Gewerkschaften Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, selbst auf den Produktionsprozeß, erlangten, änderte sich das. Doch die Bürokratie war die alte geblieben, und die gesetzgebende Versammlung bestand zur Mehrheit aus Vertretern der Besitzenden. Dazu kam im alten Österreich der nationale Kampf, der die Zeit ausfüllte und das Parlament nicht zur wirtschaftlichen und sozialen Gesetzgebung kommen ließ. In den kurzen Ruhepausen des nationalen Kampfes wurde alles überhastet, und so kam es, daß manches soziale Gesetz niemand befreite; ja so manches Gesetz praktisch gar nicht durchführbar und, kaum angenommen, sofort reformbedürftig war.“

Doch die Arbeiterschaft darf sich nicht täuschen. Selbst im Falle, daß eine starke sozialdemokratische Fraktion gewählt werden sollte, wird der soziale Staat noch nicht eingeführt sein, ja nicht einmal die volle politische Demokratie, viel weniger die wirtschaftliche und soziale erstehen. Die Durchsetzung der politischen Demokratie ist viel einfacher und leichter, an der wirtschaftlichen und sozialen Demokratie müssen die Interessententeile mitwirken und sich zu ihrer Durchsetzung die notwendigen Einrichtungen schaffen. Die Durchführung eines sozialen Arbeiterrechtes erfordert starke Gewerkschaften und geschulte Mitglieder. Die Gewerkschaften müssen so weit ausgebaut sein, daß ihre inneren Einrichtungen ausreichen, das Recht der Mitglieder in der wirtschaftlichen und sozialen Gesetzgebung zu vertreten und die praktische Durchführung aller Errungenschaften durchzusetzen. Das spricht sich sehr leicht aus, doch der praktisch tätige Gewerkschafter weiß, wie schwer das oft durchzuführen ist. Da genügen nicht Reden, da gibt es Schriftstücke auszuarbeiten und das verlebte Arbeiterrecht klar nachzuweisen. Die Mitglieder müssen so weit an Erkenntnis fortgeschritten sein, daß sie selbst die jeweilige Lage beurteilen können und das Unmögliche vom Möglichen unterscheiden können.

Wir sehen heute, daß die Gewerkschaften noch größere Aufgaben als im Kriege haben. Das ist nicht nur zum geringen Teil auf die Umwälzungen durch den Krieg und die Umschaltung der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft zurückzuführen, sondern zum größeren Teil darauf, daß alle Gewerkschaften bemüht sind, die Zeit im Interesse ihrer Mitglieder auszunutzen, längst fällige soziale und wirtschaftliche Forderungen durchzusetzen. In den Kreisen der Mitglieder wird in der Regel nur kritisiert und von der Gewerkschaft verlangt, das und jenes soll durchgeführt werden, über das „Wie?“ macht man sich nur selten Gedanken.

Der praktisch tätige Gewerkschafter kann sich nicht begnügen, etwas zu verlangen, er muß jede Forderung erst auf ihre Wirkung untersuchen, und wenn man sich darüber klar ist, muß genau untersucht werden, ob die aufgestellte Forderung auch durchführbar ist. Nichts ist gefährlicher für die Arbeiterschaft als Demagogie, die nur die agitatorische Wirkung im Auge hat, weil dadurch nur zu leicht selbst das nicht durchzuführen ist, was möglich wäre. Man muß sich ein bestimmtes Ziel setzen, doch wäre es verkehrt, den Standpunkt einzunehmen: alles oder nichts. Das Ziel ist gar nicht selten nur in zeitweiligen Abschnitten zu erreichen, und um ein bestimmtes Ziel zu erreichen, müssen immer jene Einrichtungen geschaffen werden, welche die Tätigkeit erleichtern.“

Die internationale Gewerkschaftskonferenz in Bern.

II.
Eine Neugestaltung erfuhr das Programm der Gewerkschaftsbundes hinsichtlich der weiteren Fortschreiten des internationalen Arbeiterkampfes. Die früheren Programme von Leeds und Bern verlangten die Einsetzung des Vorkommens der internationalen Vertretung für gezielten Arbeiterkampf als internationale Zentralstelle für den Arbeiterkampf. Dagegen machten sich auf der jetzigen Konferenz in Bern Bedenken geltend. Man war der Auffassung, daß die internationale Vereinigung für gezielten Arbeiterkampf nicht unter die Kontrolle der Regierungen gebracht werden dürfe, sondern eine freie Organisation für soziale Fortschrittsarbeiten bleiben müsse. Andererseits wurde besonders von den Engländern und Franzosen, denen sich in der Kommission Jansson (Deutschland)

ausschloß, geltend gemacht, daß der internationale Arbeiterkampf in der Zukunft dem Einfluß der Bürokratie nach Möglichkeit entzogen werden müsse. Das neue Berner Programm enthält dementsprechend die Forderung, daß die vertretenden Staaten eine ständige Kommission errichten sollen, die zu gleichen Teilen aus Vertretern des Völkerbundes und des internationalen Gewerkschaftsbundes bestehen soll. Diese Kommission soll die von den Vertragsmächten beschritten, alljährlich abzuhaltenden internationalen Arbeiterkongresse vorbereiten und berufen. Die Hälfte der stimmberechtigten Teilnehmer an diesem Kongresse muß aus Vertretern der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter jedes Landes bestehen und die Kongresse sollen im Rahmen der ihnen zugewiesenen Kompetenzen bindende Beschlüsse fassen können. Die ständige Kommission wiederum soll in dauerndem Zusammenwirken mit dem internationalen Arbeitsamt in Basel und dem internationalen Gewerkschaftsbund bleiben.

Das solchermaßen umgearbeitete internationale Arbeiterkampfprogramm der Gewerkschaften wurde auf der Konferenz von Jansson im Auftrag der Kommission genehmigt und nach kurzer Diskussion einstimmig angenommen. Ein Referat zum gleichen Thema halte Joushaug (Frankreich) übernommen, der eine Proklamation an die Arbeiter aller Länder vorlegte, welche von der Konferenz einstimmig angenommen wurde. Diese Proklamation weist die Arbeiter auf die Notwendigkeit der internationalen Sozialreform und auf die noch größere Notwendigkeit der Bekämpfung der Ausbeutung der Menschen durch den Menschen hin. Die Arbeiter müssen eine internationale Organisation der Arbeit aufbauen, die ein Mindestmaß von Garantien moralischer und materieller Arbeit sichern und so die Neuordnung vorbereiten, der die Arbeiterwelt zustrebt.

Einem Antrag der Franzosen gemäß nahm die Konferenz zur Frage des Völkerbundes Stellung. Die von Jube (Deutschland) im Auftrag der Kommission vertretene Resolution stellt sich auf den Boden eines Bundes der Völker, der Freiheit, Gerechtigkeit und die Beseitigung der Kriege bezweckt und alle wirtschaftlichen und politischen Trennungen der Völker beseitigt.

Eine zweite Resolution der französischen Delegierten wurde ebenfalls einstimmig angenommen. Sie richtet den Appell an die Völker, die in vielen Ländern die Throne stürzten und die Herrschaft der Bourgeoisie beseitigten, den Druck der Konferenz. Die Konferenz hebt das Andenken der Millionen Arbeiter, die in allen Ländern auf den Schlachtfeldern fielen als Opfer derjenigen, die die Gewalt der Waffen dem Rechte der Völker entgegenstellten.

Im Verlaufe der Konferenz richtete Jansson (Deutschland) an die Delegierten der englischen und französischen Gewerkschaften die Anfrage, welche Stellung sie einnehmen zu der Verklammerung der deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich und zu der Aufrechterhaltung und Verschärfung der Blockade gegen Deutschland, durch welche Millionen deutscher Arbeiter zur Arbeitslosigkeit und zum Hunger verurteilt werden. Joushaug (Frankreich) gab hierauf die Erklärung ab, daß, trotzdem die Frage heikel sei, er doch erklären müsse, daß die französische Delegation in keinem Falle billige, daß ein siegreiches Land ein besiegtes Land dem Hunger aussetze und die Kriegsgefangenen zur Zwangsarbeit verurteile. Andere Emotionen güt den deutschen Völkern ebenso wie allen Völkern. Das Elend des deutschen Volkes läßt uns nicht gleichgültig. Allein die Deportationen in Belgien und Nordfrankreich und die Behandlung der russischen Kriegsgefangenen nach dem Frieden von Brest-Litowsk erschauern unter Vorgehen, das wir gegenüber unserer Regierung einschlagen wollen. Mit diesen Schwierigkeiten muß ganz besonders gerechnet werden angesichts der Verhältnisse in Belgien und Nordfrankreich. Ich wiederhole jedoch in bestimmter Weise, daß nach unserer Ansicht ein siegreiches Volk ein besiegtes Volk nicht zu Hunger und Zwangsarbeit verurteilen darf. Dies wollen wir ohne jede Zweideutigkeit erklärt haben.“

Brunning (England) schloß sich dieser Erklärung an und bemerkte:

„Die Ereignisse des Krieges haben im englischen Volke große Entrüstung gegen das deutsche Volk hervorgerufen. Die englischen Gewerkschaften werden trotzdem alles tun, um die Deutschen nicht der Zwangsarbeit auszuliefern und in den Hunger zu treiben. Die Revolution in Deutschland hat eine Änderung gebracht. Die englischen Gewerkschaften wollen heute einen baldigen Frieden der Versöhnung und werden in diesem Sinne tun was ihnen möglich ist, können aber für die Aufrechterhaltung der Blockade keine Verantwortung übernehmen.“

Die deutsche Delegation erklärte darauf, daß sie eine andere Stellungnahme der Franzosen und Engländer nicht erwartet hätte; sie verweise insbesondere gegenüber den Franzosen auf das erfolgreiche Einwirken der deutschen Gewerkschaften gegen die Deportationen. Es sei ihnen nicht nur gelungen, die Einsetzung der Deportationen herbeizuführen, sondern sie haben auch große Massen der Deportierten die Rückkehr in die Heimat ermöglicht. Auch hätten sie ihren ganzen Einfluß für die belgischen Arbeiter mit Erfolg eingesetzt.

Damit war auch diese Angelegenheit zu allerhöchster Zufriedenheit erledigt. Es darf festgehalten werden, daß auf dieser internationalen Gewerkschaftskonferenz auf der ersten mal wieder die Gewerkschaftsvertreter aus Italien und drüber zusammen waren, irgendwelche Unstimmigkeiten wesentlicher Art nicht auftraten. Die Meinungsverschiedenheiten betrafen lediglich die Formulierung des einen oder anderen Punktes in den Beschlüssen, die aber sämtlich einstimmig gefaßt werden konnten. Mit aller Bestimmtheit kann darauf gerechnet werden, daß die Gewerkschaftsinternationale bei ihrer bald stattfindenden Tagung wieder neu und kraftvoll erstehen wird.“

Zur Lage in Baden.

Die Berliner Vereinbarungen liegen den Firmen schwer im Magen. Fortgesetzt kommen Beschwerden aus den einzelnen Orten wegen Nichtinhaltung. Erst nach mehrmaligen Verhandlungen beannten sich die Firmen zur Nachzahlung. Fast überall lehnen die Firmen ab, eine Nachzahlung der 120 Prozent vom 16. Dezember 1918 anzunehmen. In einer Anzahl von Orten haben die

Firmen untereinander vereinbart, eine Nachzahlung nicht vorzunehmen. Dies ist festgestellt auf Grund geführter Korrespondenz. Es ist traurig, daß in der gegenwärtig ersten Zeit so viele Firmen sich kein Gewissen daraus machen, wie es den Tabakarbeitern geht. Wenn sie nur einbehalten können, alles andere ist Nebensache. Aber die süddeutschen Tabakarbeiter sind aufgewacht, sie verlangen ihre Rechte als Mensch.

Wie man an einzelnen Orten die Arbeiter behandelt und welche Zumutungen man ihnen stellt, geht aus folgendem hervor: Wehren sich die Arbeiter gegen Abzüge von den bisherigen Löhnen oder verlangen sie bei Einführung von neuen Sorten einen zeitgemäßen Lohn, droht der Meister oder die Firma mit Entlassung oder Schließung des Betriebes. Damit will man die Arbeiter einschüchtern. Wieder andere Betriebe wissen gar nicht, wie sie die Arbeiter schinden sollen beim Materialverarbeiten. Gewiß soll gespart werden, aber was oft verlangt wird, geht über die Pulshahn. Bei Pfälzlerbed wird oft ein bestimmtes Quantum Zigarren verlangt, ohne daß die Möglichkeit dafür besteht. Es ist eine besondere Spezialität von Werksführern, die auf diesem Gebiete Großartiges leisten. Diese vergessen die Zeit, in der sie noch simpler Zigarrenmacher waren und den Mund aufrißen über die elenden Zustände in der Tabakindustrie. Vielleicht fühlen sie sich heute ebenfalls als Kriegsgewinnler.

Man macht sich ein weiterer Knebelstand für die Arbeiter bemerkbar. Viele Firmen lassen wohl 36 Stunden in der Woche arbeiten, sehen aber ein Pensum, für Roller 12 bis 15 Hundert, für Wickelmacher 18 bis 20 Hundert fest. Es wird soviel über die Kohlennot geredet und geschrieben und bei dieser Regelung findet tatsächlich eine Verschwendung statt. Vorstehende Menge könnte ganz gut in drei Tagen hergestellt werden, ohne vier bis fünf Tage die Betriebe zu heizen. Wie feststeht durch Verhandlungen mit der zuständigen Behörde, haben die Arbeiter, wenn weniger als 36 Stunden in der Woche gearbeitet wird, Anspruch auf Unterstützung auf Grund der Erwerbslosenfürsorge. Wer will nun gerade dem noch immer am schlechtbezahltesten Tabakarbeiter zumuten, durch derartige Maßnahmen Verdienstschnibigungen in Kauf zu nehmen. Die Gehalt der Arbeiter stellt man auf eine harte Probe. Ueberall regen sich unsere Berufsangehörigen, denn die Umwälzung in Deutschland ist nicht spurlos vorbeigegangen.

Auf, Tabakarbeiter im Süden! Jeder arbeite mit, damit auf schnellstem Wege der letzte Berufsangehörige der Organisation zugeführt wird! In Zukunft müssen in jedem Ort und Betrieb die Löhne und Arbeitsverhältnisse tariflich geregelt werden. Mit der Paschawirtschaft und dem Schmarotzertum muß vollständig aufgeräumt werden.

Einer für alle, alle für einen, muß unsere Losung sein. In allen Fragen wende man sich an die Gauleitung, wo bereitwillig Auskunft gegeben wird.

Vom Gewerkverein der Tabakarbeiter.

Wie bereits berichtet, hat die Leitung des Gewerkvereins der Zigarren- und Tabakarbeiter eine Generalsammlung einberufen. Dieselbe findet in Heidelberg am 16. März, den 16. Tag der Bewegung lautet: Vorberjammlung Sonntag, den 16. März nachmittags 2 1/2 Uhr; 1. Prüfung der Mandate; 2. Wahl des Präsidiums; 3. Beschlußnahme der endgültigen Tagesordnung; 4. Tagesordnungspunkte; 5. Hauptversammlung am 17. März; 1. Sachverhaltbericht des Hauptreferenten; 2. Bericht der Hauptreferenten über die Kassenverwaltung des Gewerkvereins; 3. Tätigkeitsbericht; 4. Statutenänderung und Erledigung der dringlichen Angelegenheiten; 5. Erledigung ewaliger Beschwerden; 6. Bericht über Agitation; 7. Wahl des Vorstands, des Hauptvorstandes, der Hauptreferenten, des Verhandlungsreferenten, des Zentralratsreferenten; 8. Wahl des Generalsekretärs für die nachfolgenden Beamten des Hauptvorstandes; 9. Feststellung der Präzedenz.

Arbeitszeit und erhöhte Prozente.

Als im Dezember die verkürzte Arbeitszeit und die erhöhten Prozente in Kraft traten, waren verschiedene Kollegen und ich der Ansicht, daß die einheitliche Regelung der Löhne und Arbeitszeit in der Tabakindustrie wohl mal der Kritik unterworfen würden. Einiges über die Arbeitszeit und die erhöhten Prozente: So sehr ich der Achtundzestag beiräte, so ist aber die 10prozentige Teuerungszulage zum Maßstab, da wir vorher 10 und 11 Stunden gearbeitet haben, zu gering. Da wäre ich doch der Meinung, daß an den Verhandlungen Kollegen aus den Bezirken und Gauen hätten teilnehmen sollen. Der Vorstand hätte ja auch vorher Gauleitungen einberufen können und hätte dadurch die Anträge der Kollegen und ihre Wünsche entgegennehmen können: denn die Friedensgrundlöhne waren doch sehr verschieden. Hier in Erleben war der niedrigste Grundlohn 5 M., wogegen er in Bremen und Hamburg 12 und 13 M. betrug, während die Teuerung doch überall gleich ist. Ich will mal ein Beispiel anführen: Bei Grundlöhner Arbeitszeit mache ich die Woche 1200 Stück, dann habe ich bei einem Friedensgrundlohn von 8 M. einschließlich der erhöhten Prozente 26,40 M. verdient. Wenn ich aber 12 M. Arbeit habe, so habe ich bei der gleichen Stückzahl und Arbeitszeit 40,70 M. verdient. Wir stehen uns jetzt in Erleben mit unserem Wochenverdienst schlechter als die Landarbeiter am Orte. Das höchste, was ich bei der neuen Regelung verdient habe, waren 29,70 M. bei 12stündiger Arbeitszeit in der Woche. Da muß man sich sehr knapp einrichten, zumal ich auch von der Hand in den

